

1) **Krise: Zerstört die EU! Von Ulrike Guérot, Die Zeit, 28. Juli 2016** 1)

Die Europäische Union befindet sich nicht in einer Dauerkrise. Sie ist längst am Ende. Geben wir ihr den Gnadenstoß und fangen neu an!

Man kann es schon gar nicht mehr hören. Die EU sei in der Krise, sogar in einer Art Dauerkrise. Dabei stimmt das gar nicht. Es ist viel schlimmer. Die EU wird längst zermalmt, von Populismus und Nationalismus, von Steuerskandalen und einem Bankensumpf, von Niedrigzinsen und sozialer Unruhe allenthalben, von Fast-Grexit, Brexits und potenziellen anderen Exits, von Flüchtlingsandrang, äußeren Bedrohungen wie IS, Terror oder einem türkischen Autokraten.

Das Schlimme dabei: Nichts scheint dagegen geholfen zu haben, [auch nicht] die mit Pathos zelebrierten Erinnerungen an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 vor zwei Jahren. Wieder sind wir jetzt alle Zeitzeugen. Und wieder können wir anscheinend nichts tun. Komplexe Systeme, so lehrt uns die Systemtheorie, können sich im Zustand der Krise nicht mehr reformieren. Sie sind wehrlos und werden hinweggespült. Die Desintegrationstheorie wiederum lehrt uns, dass politische Systeme, sind sie einmal ernsthaft angeschlagen, noch schneller krachen, als man denkt. Selten geht es geordnet zu. [...]

Krise kann auf Griechisch mit Entscheidung oder sogar mit Entscheidung über Leben und Tod übersetzt werden. Ein lebensbejahendes Signal von der EU aber, ein energisches Durchatmen, eine klare Zielvorstellung oder bewiesene Handlungsfähigkeit gab es lange nicht. Wer ist überhaupt die EU? Herr Tusk? Herr Juncker? Und wo ist das Europäische Parlament? [...]

Nein, es ist aus. Die EU, der Kaiser, ist nackt. Keiner will sie mehr, aber alle huldigen (rendre hommage) ihr. Das aber darf keiner aussprechen. Denn unser aller Geld (und damit unser aller Zukunft) hängt an der EU, am Euro. Das ist das Problem. Wir können die EU nicht gehen lassen, weil wir unsere wirtschaftliche Basis an die gemeinsame Währung gekoppelt haben. Wer behauptet, es ginge Europa ohne Euro besser, ist ein Tor (ein Dummkopf). Mögen sehr deutsche Nationalkonservative oder geizige Nationalökonomien ohne jedes politisch-strategische Denken noch so sehr von der "Nordwährungsunion", der Währungsunion der reichen Länder Nordeuropas, träumen.

Dies war der Kern jenes Merkelschen Bonmots "Scheitert der Euro, scheitert Europa", mit dem sie Europa durch die Eurokrise navigiert hat, die Deutschen gut, die anderen nur im Schlepptau (en remorque).

2)Krise: Zerstört die EU! Von Ulrike Guérot, Die Zeit, 28. Juli 2016 2)

[In der Krise behauptete Angela Merkel] "Scheitert der Euro, scheitert Europa". Doch der Satz war falsch. Er hätte lauten müssen: "Bleibt der Euro, wie er ist, scheitert die europäische Demokratie." Das erleben wir jetzt. Denn der Euro ist seit der Krise geblieben, wie er ist, eine verwaiste europäische Währung ohne europäische Demokratie. Seit dem Maastrichter Vertrag von 1992 ist eigentlich klar, dass das nicht funktionieren kann. Die Bankenkrise, mit der die EU vor allem politisch nicht umgehen konnte, war eine Warnung. Und sie wurde nicht ernst genommen. Mario Draghi hat Zeit gekauft, die nicht genutzt wurde. Die 2012 geplante *Genuine Economic and Monetary Union* wurde verwässert, vertagt, vor allem die sogenannten *building blocks* Haushalts-, Fiskal- und Politische Union, jenes Teufelszeugs, das kein Staats- und Regierungschef, vor allem kein deutscher, auch nur mit Handschuhen anfassen mochte.

In den Bereich der Träumerei oder der Utopie wurden damals all jene verwiesen, die über pragmatische Wirtschaftsreformen hinaus im Zuge der Eurokrise ein grundsätzliches *reset* der europäischen Institutionen anmahnten. Die Idee war nichts weniger, als die Würde der Demokratie zu retten. Denn eine quasi-institutionalisierte deutsche Hegemonie hat die EU seit Jahren wie [eine Krankheit] befallen. Die sogenannten Pragmatiker aber, die glaubten, die europäische Demokratie ließe sich mit Wirtschaftsreformen fixieren, erweisen sich heute als die eigentlichen Totengräber der EU.

Nein, es waren nicht die griechischen Katasterämter. Und nein, es geht nicht um Utopien oder romantische Träumereien von einer europäischen Demokratie. Es geht um drei demokratische Binsenweisheiten (*truisme*), die jetzt die einzige realistische Chance sind, Europa vor einem drohenden Stillstand zu bewahren:

Erstens, Europa bedeutete von jeher die Überwindung der Nationalstaaten (auch wenn das keiner hören will). Zweitens, Bürger, nicht Staaten sind souverän. Die duale Struktur der EU als "Bürger- und Staatenunion" ist zugleich ihre Lebenslüge, denn *de facto* zählen in der EU nur die Staaten, nicht die Bürger. Das heißt, der Europäische Rat, der in der EU alles entscheidet, der aber nur die Staaten vertritt, muss weg. [...]

Drittens, in einer Demokratie sind alle Bürger gleich vor dem Recht. Man nennt es den allgemeinen politischen Gleichheitsgrundsatz. Gleich vor dem Recht bedeutet Wahlrechtsgleichheit, Steuergleichheit und gleicher Zugang zu sozialen Rechten. Es ist die entscheidende, weil stabilisierende Säule für jede Demokratie, für die Ordnung von Gemeinwesen schlechthin.

3) In Spaniens Krise offenbart sich eine neue EU

Es gibt keinen dritten Weg für Spaniens Problem? Ein Denkfehler. Ein unabhängiges Katalonien könnte in einer EU bleiben, die zu einer Föderation der Regionen wird. Ein Kommentar von Ulrike Guérot, Die Zeit, 10. Oktober 2017,

[...] Die EU ist einerseits voll von großen Regionen (etwa Nordrhein-Westfalen), die in der EU nicht mitbestimmen dürfen, und andererseits kleinen Staaten (etwa Luxemburg oder Malta), die das dürfen. Wäre es nicht an der Zeit, mal zu sortieren, was eigentlich eine Region und was eine Nation ist? Zumal viele Nationen de facto Zusammenschlüsse von mehreren Regionen sind, allen voran Italien oder Deutschland. Selbst Frankreich hat eine zwar unterdrückte, aber reiche regionale Vergangenheit. Auch in Nantes in der Bretagne gab es deshalb Solidaritätskundgebungen mit den Katalanen.

Der aktuelle Fall in Katalonien ist ein Grund mehr, sich die regionale politische Energie, die derzeit durch Europa fließt, positiv zu Nutzen zu machen, anstatt sie brachial zu unterdrücken. Wer die Demonstrationen der Katalanen als illegal abtut und ignoriert, löst keine Probleme.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass die europäischen Föderalisten der ersten Stunde, die inmitten des Faschismus in den 1920er-, 1930er- und 1940er-Jahren einen konzeptionellen Vorgriff auf ein geeinigtes Europa getätigt haben, die Idee eines Europa der Regionen im Kopf hatten, ein Europa als Föderation etwa gleichgroßer, regionaler Einheiten, damit die großen Nationalstaaten nicht die kleinen dominieren.

[...] Um nicht falsch verstanden zu werden und keine falschen Freunde zu gewinnen: Es geht mir nicht darum, einem regionalen Separatismus in Europa das Wort zu reden. Weder Katalonien noch Bayern, Schottland oder gar Sachsen können es allein! Und nein, eine größere Autonomie darf nicht auf die Schaffung verbarrikadierter Wohlstandsregionen zielen, die sich der europäischen Solidarität entziehen. In einem Europa der Regionen müssten die Regionen weiterhin Steuern für das europäische Allgemeinwohl zahlen.

[...] Eine solche Europäische Republik, zusammengesetzt aus etwa 50 oder 60 Regionen, wie sie auf alten europäischen Landkarten auftauchen, würde die heute beklagte Übermacht der großen Nationalstaaten in der EU – allen voran Deutschland – überwinden. Unter dem Dach einer Europäischen Republik wären alle europäischen Bürgerinnen und Bürger gleich vor dem Recht – die Bedingung für jede Demokratie – und doch kulturell vielfältig.

"Regionen sind Heimat, Nationen sind Fiktion", schreibt der österreichische Schriftsteller Robert Menasse. Das Nationale ist meist nur eine Erzählung, das Regionale, das ist die Sprache, die Küche, die Kultur. [...]

4)Im Westen was Neues, Von Jörg Lau und Bernd Ulrich, Die Zeit, 18. Oktober 2017,

Fast könnte man Donald Trump dankbar sein: Indem er die transatlantische Partnerschaft unterminiert, schärft er den Sinn für das historische Glück, das für Deutschland in dieser Verbindung gelegen hat. Kein anderes Land hat so sehr von der amerikanisch geführten Weltordnung profitiert wie die Bundesrepublik. Der Atlantizismus war der Schirm, unter dem sich das politisch-moralisch ruinierte Deutschland rehabilitieren und in den Westen (re-)integrieren konnte. Westbindung und Teilung nahmen Deutschlands Nachbarn die Angst und machten die deutsche Frage, diesen europäischen Albtraum, endlich lösbar.

Westdeutschland, und nach der Vereinigung das ganze Land, bekam durch die transatlantische Partnerschaft Zugang zur westlichen Moderne mit ihren drei Kernelementen Kapitalismus, kultureller Liberalismus und (für Deutschland das entscheidend Neue) aktive, selbstbewusste Bürgerschaft. Das trug mit bei zum Ende von Staatsvergötzung, Militarismus und Untertanengeist.

Dazu bekam man auch noch ein Sicherheitsarrangement in der Nato inklusive Teilhabe an den offiziell verteuflten Atomwaffen. Und die Amerikaner konnten damit leben, dass der kulturelle Hochmut gegenüber ihrer vermeintlich oberflächlichen Lebensweise lange bestehen blieb. Sie nahmen den Antiamerikanismus weiter Kreise achselzuckend hin und setzten auf die sanfte Macht ihres attraktiven Gesellschaftsmodells. All das schwingt heute mit, wenn es um die Zukunft der transatlantischen Beziehung geht.

Doch nun hat sich die Lage auf eine irrwitzige Weise verkehrt.

[...] Dass die Konstanten und Prinzipien deutscher Außenpolitik ausgerechnet von der amerikanischen Regierung infrage gestellt werden, stellt eine enorme intellektuelle und strategische Herausforderung dar: europäische Integration, Multilateralismus, Einsatz für Menschenrechte und Rechtsstaat, regelbasierte Globalisierung – all das muss ein in Europa eingefügtes Deutschland künftig zur Not auch ohne, vielleicht sogar gegen die US-Regierung vorantreiben.

Alle Wünsche, Angela Merkel solle den Ausfall des US-Präsidenten als "Führerin der freien Welt" kompensieren, sind unsinnig. Und doch berühren sie einen wahren Kern: Deutschland bleibt, mehr als andere Akteure, auf den Fortbestand der liberalen internationalen Ordnung angewiesen. Dies ist die neue deutsche Frage: Deutschland ist so groß, dass es ohne diese Ordnung nicht florieren kann, und doch zu klein, um sie allein garantieren zu können. In diesem Spannungsfeld wird sich auf absehbare Zeit die deutsche Außenpolitik bewegen. Weil der bisherige Garant dieser Ordnung immer mehr ausfällt, stellt sich die Frage nach dem deutschen Beitrag radikal neu.

5) Vertrauenskrise der Medien : Kritischer Journalismus ist gefragt, Deutschlandfunk, 22.06.2017

Von Regina Kusch und Andreas Beckmann

Für sehr emotional hält die Hamburger Medienwissenschaftlerin Katharina Kleinen-von Königslöw die Debatte um eine Vertrauenskrise der Medien, denn das Thema sei schwer zu greifen. Je mehr Studien in den vergangenen zwei Jahren dazu erschienen sind, desto unübersichtlicher wird das Bild. Die Antworten der befragten Leser und User fallen sehr unterschiedlich und oft widersprüchlich aus.

So äußerten im vergangenen Jahr bei einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS zwei Drittel der Befragten die Vermutung, Nachrichtenmedien in Deutschland seien gelenkt, von der Regierung, den Parteien oder Lobbyisten. Schon zuvor hatte infratest dimap ermittelt, 60 Prozent der Deutschen hätten kaum noch Vertrauen in Presse, Radio und TV, hielten aber weiter an den öffentlich-rechtlichen Fernsehprogrammen als bevorzugter Informationsquelle fest.

Demgegenüber kamen Forscher der Uni Mainz zu Beginn dieses Jahres zu dem Schluss, das Vertrauen der Bürger in die Medien sei in den letzten Jahren insgesamt deutlich gestiegen. Allerdings gebe es eine Minderheit von immerhin einem Viertel, die der Berichterstattung eher nicht oder gar nicht glaubt.

[...] Für Uwe Krüger vom Studiengang Journalistik der Uni Leipzig sind Presseleute zusehends zu einem Teil jener Elite geworden, die sie doch nach ihrem eigenen Selbstverständnis kontrollieren sollten. Schließlich beschreiben sich Medienschaffende gern als vierte Gewalt im Staate. [...] Er konstatiert eine wachsende soziale Homogenität. Arbeiter- und Migrantenkinder finden sich selten in Redaktionen. Die Mehrheit der Journalisten in den meinungsprägenden Medien komme wie die meisten Politiker und Lobbyisten aus dem deutschstämmigen Bildungsbürgertum. Das führe oft auch zu inhaltlicher Nähe.

Seit die Hartz-Reformen in fast allen Medien als unausweichlich beschrieben worden seien, hätten viele einkommensschwächere Leser, aber auch solche aus der Mittelschicht, nicht mehr das Gefühl, ihre Lebenswirklichkeit spiegele sich in der Berichterstattung wider.

Dieses Unbehagen steigerte sich sowohl im Umfeld von AfD und Pegida als auch in Teilen des linken politischen Spektrums zum "Lügenpresse"-Vorwurf angesichts der Darstellung des Ukraine-Konflikts. Die erschien manchen Kritikern als westlich parteiisch, russische Positionen seien zu wenig erklärt worden.

Ganz besonders aber wurde das Vertrauen in die Medien im Sommer 2015 strapaziert, als binnen weniger Monate anderthalb Millionen Flüchtlinge nach Deutschland kamen.

[...] Die Mehrheit der Medienmacher habe sich allzu bereitwillig von der allgemeinen Euphorie um die neue deutsche Willkommenskultur anstecken lassen, resümiert Michael Haller. Zu viele Journalisten wollten heutzutage zeigen, dass sie Teil eines weltoffenen, westlich-liberalen Deutschlands seien. Dies leiste, so Michael Haller, einem gefühlten Konsens zwischen Entscheidern und Berichterstattern Vorschub, der einem Großteil des Publikums gefalle, bei einer Minderheit aber Misstrauen auslöse.

6)Die Nation - vereinerid und trennerid zugleich, Von Philipp Schnee, deutschlandfunk, 30. 12. 2017

Die Nation wird wieder beschworen. In Russland, in Polen, in der Türkei, aber auch in Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Das große "Wir" soll wieder Sinn stiften, damit der Einzelne nicht verloren geht. Aber es grenzt auch aus. Dabei sind Nationen nichts Gegebenes, nichts, was immer schon war.

Wir sind Papst. Wir sind Weltmeister. Wir sind Export-Weltmeister. Was ist das, dieses nationale "wir", zu dem, ja - eben "wir" - gerne, nicht nur in Schlagzeilen, zusammengepackt werden?

"Etwas, was Habermas mal Zwangssolidarisierung von Fremden genannt hat: Das heißt, dieses 'wir' der Nation ist etwas, wo ich mich plötzlich gemein fühle mit jemandem, mit dem ich eigentlich nichts teile, weder die Klasse, noch den Ort, wo ich wohne. Und trotzdem weiß ich, diese Person gehört derselben politischen Ordnung an ..."

Der Historiker Christan Geulen möchte den Nationalismus und die Nation, so wie sie idealtypisch gedacht wurden, retten vor denjenigen, die heute "Nationalisten" genannt werden:

"Eigentlich ist Nation eine sehr moderne Form der Gemeinschaft, bei der es eben nicht um vorgängige Zugehörigkeiten geht, der Abstammung, der Sprachen, der gemeinsamen Geschichte oder Ähnlichem, sondern eigentlich nur um den politischen Willen, eine Gemeinschaft zu bilden und sich gemeinsam in demokratischer Form nach dem Prinzip der Volkssouveränität zu regieren. Das ist der ursprüngliche Gedanke der Nation."

Sehr schnell hat sich dieser Begriff aber mit anderen Vorstellungen aufgeladen. Heute, so Geulen, würde die Nation häufig ganz anders verwendet:

"Als irgendwie merkwürdiges volk-bevölkerungs-rasseartiges Phänomen, dem man irgendwie qua Natur zugehört und bestimmte Menschen qua Natur nicht zugehören."

Nationen sind nichts Gegebenes, nichts, was immer schon war. Die Nation kann sein, muss aber nicht. "Imagined Community", vorgestellte Gemeinschaft, nennt das die Geschichtswissenschaft. Im 19. Jahrhundert, der Hochzeit des europäischen Nationalismus, als viele Nationen geformt wurden, wurden auch die jeweils eigenen Nationalgeschichten geschaffen: als schlüssige "Meistererzählungen", mit langen Traditionslinien, die weit in die Vergangenheit weisen. Der Kanon einer charakteristischen Nationalkultur mit Liedern, Mythen, Musik und Tanz wurde etabliert, manche Nationalsprache erstmals kodifiziert.

"Das Kollektiv, das durch die Nation entsteht, ist kein natürliches Kollektiv."

7)WOHER KOMMT EUROPA? Europas Erbe - So fern, so nah – Spiegel 7/1/2002

"Von Europa weiß kein Mensch, weder ob es vom Meer umflossen ist, noch wonach es benannt ist, noch wer er war, der ihm den Namen Europa gegeben hat", schrieb der altgriechische Historiker Herodot um 430 vor Christus. Da war die Geschichte von der phönizischen Königstochter Europa, die Göttervater Zeus in Gestalt eines Stieres und mit amourösen Absichten an den Strand von Kreta entführt hatte, noch gar nicht so lange her. Dass die Schöne dem Kontinent den Namen gab, ist ebenso dunkle Legende wie das Wort Europa selbst, es soll vom semitischen "ereb" abgeleitet sein, was so viel wie düster und finster bedeutet.

So unklar wie der Ursprung ist, so widersprüchlich ist auch die Geschichte Europas: Kein anderer Kontinent war zeitweise so zersplittert in kleinste politische Einheiten, die sich meist heftig befehdeten und oft blutig bekämpften. Gleichzeitig einten Familienbande ihre Herrscher, deren Untertanen folgten europaweit denselben Moden, die Neuerungen von Kultur und Technik verbreiteten sich meist schnell zwischen Skandinavien und Sizilien.

Was ist aber das gemeinsame Erbe, auf das sich die Verfechter der Idee eines vereinten Europa berufen könnten? Ist es das von Kirche und Konservativen lange verklärte christliche Abendland, das sich mal im Kampf gegen Muslime auf der spanischen Halbinsel oder Türken vor Wien zusammenfand, mal zu Kreuzzügen gen Jerusalem aufbrach und daheim Hexen verbrannte? Ist es das Europa der Aufklärung, das Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit predigte, Demokratie und Menschenrechte auf seine Fahnen schrieb - und im Wahn des Tugend-Terrors seine Ideale auf Tötungsmaschinen, der Guillotine, exekutierte? Ist es die Kultur des wissenschaftlichen Denkens europäischer Schule, die nahezu alle bahnbrechenden Erfindungen der Neuzeit hervorbrachte - und sich mit ihrer Hilfe, für eine Epoche des Kolonialismus und Imperialismus, fast den gesamten Rest der Welt untertan machte?

Wo immer auf Europas Vergangenheit für zukünftige Ziele zurückgegriffen wird, droht Mythenbildung und selektive Wahrnehmung.

8) Westdeutsche, auch euer Land ist untergegangen, Die Zeit, 9. 9. 2011

Den Ostdeutschen wird oft vorgeworfen, die Vergangenheit zu verklären. Doch die Sehnsucht nach der Zeit vor 1989 ist im Westen größer. Von Christian Bangel

Zwei Drittel der Westdeutschen sagten noch vor zwei Jahren, Deutschlands beste Zeit im 20. Jahrhundert sei die vor 1990 gewesen. Weniger als die Hälfte der Westdeutschen mag die Wiedervereinigung als einen Glücksfall für Deutschland betrachten – im Osten sind es zwei Drittel. Mehr West- als Ostdeutsche wollen die Mauer wieder haben.

Man kann das fast verstehen. Die BRD war ein zivilisiertes, modernes Land, das sich vierzig Jahre lang – sicher geführt von den westlichen Alliierten – mit Schuld und Vergangenheit befassen durfte. Ein Land ohne Zentrale. Ein Land, in dem die Staubsauger funktionierten, der Fußball gut war und die Regierung verklagt werden konnte. Ein Land, das jeden Tag den Traum von einem Kapitalismus mit weißer Weste lebte. Den Ostdeutschen erschien dieser Ort so wünschenswert, dass sie die DDR gern für das Versprechen hergaben, es könne bei ihnen genauso werden.

Ostdeutsche wissen, dass es ihr Geburtsland nicht mehr gibt. Es existiert nicht nur juristisch nicht mehr. Jeder Versuch, an noch so apolitische Werte und Gegebenheiten der DDR anzuknüpfen, kann ihnen den Vorwurf der Diktatur-Verharmlosung einbringen. Wie kann man sich, fragt der Westdeutsche, an eine glückliche Kindheit im Osten erinnern, ohne an die Stasi zu denken? Ostalgie ist niemals unpolitisch. Sie gilt als Ausdruck stiller Dissidenz gegenüber dem Westen. [...]

Dass dagegen den Westdeutschen nicht bewusst ist, dass ihr Land nicht mehr existiert, ist das Ergebnis eines großen Selbstbetrugs. Während dem Osten von blühenden Landschaften vorgeschwärmt wurde, hieß es im Westen: Es bleibt alles beim Alten. Stattdessen kamen riesige Kosten, vorwurfsvolle Unzufriedenheit, ein aggressiveres gesellschaftliches Klima.

Ob Euro-Krise, Integration, Soli-Debatte: Umfragen zeigen – nicht nur, aber auch – die Sehnsucht nach den geordneten BRD-Verhältnissen. Warum sollen wir plötzlich Europa retten? Wieso ist Afghanistan überhaupt unser Problem? Außenpolitik hatte in der Bundesrepublik die Aufgabe, die Welt von der Verlässlichkeit der Deutschen zu überzeugen. Nun muss sie Interessen vertreten. Die moralische Überlegenheit der BRD ist verloren.

9) Auf der Deutschland-Wippe - Der Kulturausschuss des Bundestags berät zustimmend über das Freiheits- und Einheitsdenkmal, nach Harry Nutt, Berliner Zeitung 14. 4. 2011

Friedrich der Große, der einsam Unter den Linden in Bronze vor sich hin tragt, bekommt bald Gesellschaft. Einige hundert Meter entfernt vom preußischen Reiterdenkmal, das Friedrich Wilhelm III. einst zu Ehren seines Großonkels beim Bildhauer Christian Daniel Rauch in Auftrag gegeben hatte, soll der gewöhnliche Bürger künftig nach Kräften schaukeln dürfen.

Das Denkmal, dessen Errichtung 2007 vom Deutschen Bundestag beschlossen wurde, soll, wie berichtet, von der Arbeitsgemeinschaft Milla und Partner in Zusammenarbeit mit der Berliner Choreografin Sascha Waltz gestaltet werden.

"Wir sind das Volk, wir sind ein Volk", steht in goldenen Lettern auf dem Entwurf der begehbaren Skulptur. Die einst subtil sich aufeinander beziehenden Slogans der Wendezeit werden [...] zu einem Satz mit Mahnmalcharakter zusammengefasst. Weitere Textfragmente, die linienförmig die beiden Slogans umspielen, sollen Beweggründe zum Ausdruck bringen, die zur friedlichen Revolution von 1989 führten.

Doch anstelle appellativer Mahnungen setzen Milla und Waltz auf Mitmacheffekte. Es soll kein Denkmal entstehen, sondern ein Machmal, sagte ein Sprecher von Milla und Partner, die sich selbst als Agentur für Kommunikation im Raum bezeichnen.

Wenn die Besucher sich absprechen und entsprechend auf der Fläche bewegen, kann die Schale zum Schaukeln gebracht werden. Das Pathos der friedlichen Revolution soll so in eine Freizeitlaune überführt werden. Touristenanimation und Nationalbewusstsein sollen kein Widerspruch sein. Die Berliner Choreografin Sasha Waltz erläuterte den Abgeordneten ferner ihr Interesse für die Verbindung von Architektur und Tanz. Es sei ihr wichtig gewesen, der Bewegung von 1989 im buchstäblichen Sinn Gewicht zu verleihen. In dem Denkmal sollen die Vorstellungen von Partizipation, Aktivierung und Verständigung immer wieder neu in Schwingungen versetzt werden.

Das nötige Maß an geschichtspolitischem Pathos führte Wolfgang Thierse (SPD) in die öffentliche Sitzung des Kulturausschusses ein. Er sei zunächst zögerlich an die Frage herangegangen, ob es so früh nach dem historischen Ereignis ein Einheitsdenkmal geben solle. Seine Bedenken habe er jedoch bald abgelegt. An die Stelle, wo mit dem Kaiser-Wilhelm-Denkmal einst ein Denkmal von oben errichtet worden sei, werde nun ein positives deutsches Geschichtszeichen gesetzt, das aus der Mitte des Parlaments hervorgegangen sei. Der Entwurf von Milla, Waltz und Partner sei eben kein imperiales Kaiserdenkmal. "Im besten brechtschen Sinne wird hier ein Ort umfunktioniert."

Die Wippe – la balançoire Schaukeln, schwingen : balancer



10) Was ist konservativ? Nach Jens Jesse, Die Zeit, 29.6.2010

Konservative wollen das Bestehende vor dem Fortschritt bewahren

Konservatismus hatte in Deutschland lange keinen guten Ruf. Selbst Politiker der Unionsparteien wollten nicht immer konservativ genannt werden; es hatte den Klang des Verstaubten, des Unbeweglichen und Autoritären, manchmal des Korrupten und Hartherzigen. An alledem konnte, von Fall zu Fall, auch etwas Wahres sein; es traf und trifft aber nicht den Kern des Konservatismus, der das Bewährte gegen einen zweifelhaften Fortschritt schützen will. Die Abwertung des Konservativen hatte vielmehr damit zu tun, dass der Fortschritt in der Nachkriegszeit für die allermeisten nur Segen gebracht hat: die Emanzipation der Frau, den Abbau autoritärer Strukturen, die Zunahme von Aufstiegsmöglichkeiten, Massenwohlstand und ganz allgemein die Demokratisierung der Gesellschaft. Wer diesen Fortschritt bekämpfte oder bremsen wollte, konnte nur ein schlechter Mensch sein, der tradierte Privilegien und Machtverhältnisse gegen eine hellere Zukunft verteidigte.

Was aber, wenn der Fortschritt seine Richtung ändert und sich gegen die emanzipatorischen Errungenschaften wendet? Wenn die Globalisierung den Wohlstand gefährdet, die wirtschaftliche Entwicklung die Frauen an den Herd zurückdrängt, die Technik die Freiheit bedroht und autoritäre Strategien begünstigt, die Konkurrenzfähigkeit auf internationalen Märkten nur um den Preis verminderter Sozialleistungen erhalten werden kann? Dann kann mit einem Male das, was einst gegen konservative Kräfte durchgesetzt wurde, selbst zu einem Gegenstand konservativen Bewahrens werden. Es sollte nicht wundernehmen, wenn die Bundesrepublik, die lange – und auch von den Unionsparteien – im Namen des Fortschritts regiert wurde, heute quer durch alle Lager eine konservative Wendung nähme.

Konservatismus hat ein Doppelgesicht : Er kann – je nach Standpunkt, so scheint es – sowohl etwas schlechtes Bestehendes (Privilegien, Machtverhältnisse, tradierte Vorurteile) wie auch etwas gutes Bestehendes schützen (Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, soziale Errungenschaften). Er kann eine Diktatur ebenso wie eine Demokratie bewahren wollen, sowohl auf der rechten wie auf der linken Seite des politischen Spektrums auftreten. Das ist aber nur scheinbar eine Frage des Standpunktes. In Wahrheit ist es eine Frage, worin das Bestehende gerade besteht.

11)Deutsch-französische Beziehungen - "Zurück zu den Grundlagen", Gerhard Cromme, Aufsichtsratschef bei Siemens und ThyssenKrupp sprach in Paris über die deutsch-französische Beziehungen. Eine Dokumentation der Rede in „Die Zeit“ , 1.6.2010

Warum fällt Deutschen und Franzosen die Zusammenarbeit so schwer?

Alles in allem scheinen Deutschland und Frankreich historisch gesehen zwei unterschiedliche Modelle in Europa zu sein. Zentralismus und Föderalismus, Schulsystem, Elitenbildung, das Verhältnis von Staat und Wirtschaft – all diese Elemente strukturieren unsere Gesellschaften und prägen unsere Denkansätze. Hinzu kommt, dass in Krisenzeiten besonders gerne Stereotypen und Verallgemeinerungen bemüht werden, auch wenn sie falsch sind und das Leben in Wirklichkeit viel bunter und feiner geschnitten ist. In der Öffentlichkeit standen die Regierungschefs schon immer exemplarisch für die Unterschiede zwischen den beiden Ländern – ob Konrad Adenauer und Charles de Gaulle, Willy Brandt und Georges Pompidou, Helmut Schmidt und Valéry Giscard d’Estaing, Helmut Kohl und François Mitterand, Gerhard Schröder und Jacques Chirac. Angela Merkel und Nicolas Sarkozy übertreffen sie allerdings alle – auf der einen Seite die Physikerin und Tochter eines protestantischen Pastors, der in den 1950er Jahren mit Familie freiwillig von Hamburg in die DDR übersiedelte; auf der anderen Seite Monsieur Sarkozy, den Sie ja besser kennen als ich.

Frankreich ist eine Wahlmonarchie mit einem König an der Spitze: Einmal gewählt, hat er beachtliche politische Macht. Jeder französische Präsident hat bisher mindestens viele Monate gebraucht, um die Komplexität der deutschen Demokratie zu verstehen. Der Föderalismus, die mühsame Suche nach Koalitionen in den Parlamenten, die Heterogenität der Volksparteien, die Macht des Bundesrates, der Einfluss des Bundesverfassungsgerichts – all das macht es jedem Bundeskanzler schwer, neuen Ideen spontan zuzustimmen, selbst wenn er oder sie es gerne möchte.

Die Deutschen müssen die Franzosen so nehmen wie sie sind und die Franzosen die Deutschen. Es gibt keine anderen. Und genau diese Unterschiede machen unsere Zusammenarbeit so einzigartig und unsere Kompromissfähigkeit so wichtig. Über die Jahrzehnte gesehen hat sich immer wieder bestätigt: Wenn Deutsche und Franzosen zu einem Kompromiss fähig sind, ist damit schon mehr als die halbe Strecke in der europäischen Abstimmung zurückgelegt. Pascal Lamy hat es einmal prägnant auf den Punkt gebracht: Deutsch-französische Lösungen und Kompromisse seien erfahrungsgemäß sowohl für die südlichen als auch für die nördlichen Länder tragbar.

12) „Nation-Branding“: Immer mehr Städte, Regionen und Staaten meinen, sich modern vermarkten zu müssen. Die PR-Branche hilft ihnen gerne, Samanth Subramanian | Freitag.de, Ausgabe 51/2017

Die Frage, was eine Nation zur Nation macht, war immer schon schwierig, und zugleich unausweichlich. Jeder moderne Nationalstaat hat auch den Anschein eines nationalen Wesens hervorgebracht, einer Identität, die einzigartig erscheint, selbst wenn es sich nur um eine Mischung aus Wahrheit und Lügen, Auslassungen und Übertreibungen handelt. Doch seit den 1990ern hat die Heilslehre der Globalisierung an dieser Idee genagt, darauf bestehend, dass Länder bloß Verkaufsstände auf einem globalen Marktplatz seien, und nicht die romantische Verkörperung eines irreduziblen Volksgeistes. Man könne sie wie Unternehmen verstehen – und so sollten sie sich auch benehmen. In einer Zeit, in der Kapital und Menschen sich frei bewegen könnten, so das Postulat, müssten Länder, die als Standort attraktiv sein wollen, sich umso besser verkaufen. Die Identität eines Landes dient so – vielleicht zum ersten Mal in der Geschichte – als Anziehungspunkt für den Rest der Welt, statt die Nation von der Außenwelt abzugrenzen.

In den letzten Jahren haben die Folgen der Globalisierung den Glauben von Nationen daran erschüttert, wer sie eigentlich sind, und die Vorstellung durcheinandergebracht, was ein Nationalstaat sein sollte. Regionen und Länder haben auf einmal das Gefühl, sie müssten ihre Identität einer Überprüfung unterziehen, und sie verändern. Und war das am Ende nicht auch die treibende Kraft hinter dem Brexit, die Wut darüber, dass das, was manche – zu Recht oder zu Unrecht – als genuin britische Identität begriffen, sich in den seichten Gewässern der Europäischen Union aufzulösen drohte?

Eine Folge dieser Identitätskrise besteht in der Zunahme eines Blut-und-Boden-Populismus, eine andere im Aufstieg des Nation-Brandings. Beide sind im Grunde Spiegelbilder: Ersterer versteht nationale Identität als etwas Unveränderliches und ihre Neuentdeckung als Voraussetzung neuer Größe, Letzteres betrachtet sie als ein Produkt, das klar definiert und vermarktet werden will. Beide versuchen, wenn auch auf unterschiedliche Art und Weise, eine markantere Version dessen wiederzuerlangen oder zu kreieren, was das mutmaßliche Wesen eines Landes ausmacht.

Der Begriff „nation brands“ tauchte zum ersten Mal 1998 in einem Artikel von Simon Anholt auf. Anholt hatte in der Werbung gearbeitet, und irgendwann begonnen, darüber nachzudenken, wie der Erfolg von Marken mit dem ihrer Ursprungsländer zusammenhängen könnte.

13 Flüchtlingspolitik – Sagt endlich die Wahrheit! Mark Schieritz, Die Zeit, 2. 3. 2018

Erinnert sich jemand an Daimler-Chef Dieter Zetsche? Der hat im September 2015 – auf dem Höhepunkt der Willkommenskultur – gesagt, die ins Land kommenden Flüchtlinge könnten die Grundlage für "das nächste deutsche Wirtschaftswunder" werden.[...]Aus den Diskussionsbeiträgen von Leuten wie Zetsche spricht die Überzeugung, dass die Flüchtlinge am Ende mehr einbringen, als sie kosten. Das ist ja auch nicht völlig unplausibel. Es gibt in Deutschland zu wenig Fachkräfte und irgendjemand muss die alternde Bevölkerung pflegen, wenn das nicht die Roboter übernehmen sollen. Und die eingewanderten Flüchtlinge sind größtenteils jünger als die einheimische Bevölkerung.

Das Problem ist nur: Es wird dauern, bis diese Rechnung aufgeht, wenn sie überhaupt jemals aufgeht. [...] Der Finanzwissenschaftler Holger Bonin vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung hat das in einer Modellrechnung illustriert: Wenn eine Million Flüchtlinge aufgenommen werden, erst in 20 Jahren voll in den Arbeitsmarkt integriert sind und dann die Leistungsfähigkeit von Einheimischen mit einem geringen Qualifikationsniveau erreichen, dann belastet das die Staatskasse langfristig mit bis zu 400 Milliarden Euro zusätzlich. Nur wenn alle Neuankömmlinge in zehn Jahren die Leistungskraft von Menschen mit Berufsausbildung erreichen, sind die zusätzlichen Einnahmen aus der Zahlung von Steuern und Abgaben höher als die Mehrausgaben für Rente oder Kindergeld, und zwar werden 20 Milliarden Euro „Gewinn“ gemacht. Dass die Flüchtlinge unsere Rente retten, ist demnach eher unwahrscheinlich.

Über die Details solcher Rechnungen kann man streiten, unstrittig ist jedoch: Die Aufnahme von Flüchtlingen ist mit Belastungen für die einheimische Bevölkerung verbunden – es konkurrieren mehr Menschen um Wohnungen, Kindergartenplätze, Sozialeistungen. [...]

Sicher: Es wäre einiges gewonnen, würde man die Lasten der Zuwanderung nach Möglichkeit nicht auch noch sozial schwachen Teilen der Bevölkerung aufbürden. Es würde beispielsweise dem gesellschaftlichen Frieden dienen, wenn der Bau von Flüchtlingsunterkünften sich aus den Randbezirken der Städte eher in die besseren Wohngebiete der Innenstädte verschieben würde. Man könnte auch die Kosten der Flüchtlingskrise über eine Sondersteuer bei den Spitzenverdienern finanzieren. Der entscheidende Punkt aber ist: Die Verteilungskonflikte lassen sich dadurch abmildern, aber nicht beseitigen.

Folgt daraus, dass Deutschland keine Flüchtlinge mehr ins Land lassen sollte? Überhaupt nicht. Aber es würde der Sache vermutlich dienen, wenn man ehrlich wäre. Die Aufnahme von Menschen in Not setzt die Bereitschaft zum Verzicht – altmodisch formuliert: zum Teilen – auf der Seite der aufnehmenden Bevölkerung voraus. Es handelt sich um einen humanitären Akt, kein Geschäft.

14) Große Koalition: Ach, diese Sehnsucht, zeit.de, 7. Februar 2018 Ein Kommentar von Lenz Jacobsen

Union und SPD haben einiges vor, was das Land verändern wird – im Kleinen. Aber gegen das wachsende Bedürfnis nach einem politischen Neuanfang hatten sie nie eine Chance.

Die Koalitionsverhandlungen sind abgeschlossen. Die SPD erhält laut Berichten das Finanz-, Außen- und das Arbeitsministerium. CSU-Chef Horst Seehofer soll Innenminister werden, Wirtschafts- und Verteidigungsressort gehen demnach an die CDU. [...]

Nun steht es da aber schwarz auf weiß, das Ergebnis dieser als Ausnahmezustand inszenierten Verhandlungen. Dieses Ergebnis sieht nicht schlecht, aber unvermeidbar nach großer Koalition aus. Das ist das Problem dieser möglichen neuen Regierung: dass sie nicht mehr sein kann, als sie dem Wesen nach ist.

Wenn nicht alles täuscht, wächst auch in Deutschland das Bedürfnis nach etwas Neuem. Das hat profane Gründe, etwa die schon sehr lange Amtszeit der Bundeskanzlerin. Aber dahinter steckt auch Grundsätzliches: das Gefühl nämlich, dass [...] der kleine Kompromiss zwischen sich ähnelnden Parteien, nicht zu den großen Veränderungen dieser Zeit passt. Die Diagnose dieses mittlerweile chronischen Leidens geht so: Die Handlungsfähigkeit der Politik ist geschrumpft, teilweise durch äußere Umstände und teilweise selbstverschuldet. Der Anspruch der Bürger an sie aber nicht. Aus dieser Differenz speist sich der Frust über die große Koalition. [...] Was sind schon 177 Seiten kleiner Kompromisse gegen die große Geste des Neuanfangs? [...]

Aber das entwertet die Suche nach dem Neuen ebenso wenig wie der Hinweis, es gehe "uns" doch gut; Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und so weiter. Denn volkswirtschaftliche Kennziffern (données) können gesellschaftliche Verunsicherungen nicht abbilden. Und warum eigentlich sollte ein Land politisch nur noch kleine Ansprüche haben, nur weil es den meisten seiner Bewohner ökonomisch gut geht?

[...] Wer ständig auf die große Wende und die große Geste wartet, [...] dem kann es passieren, dass er einfach übersieht, wenn sich dort doch mal Großes tut, z. B. in der Bildungspolitik oder der Steuerpolitik.

Und im Großen und Ganzen könnte aus diesem Vertrag eine solide und vor allem stabile Regierung werden. Das ist nicht das Geringste angesichts der Umstände, und auch nicht selbstverständlich. Es spricht für die Seriösität der beteiligten Parteien, dass sie sich dazu durchgerungen haben. [...]